

Zweckverband Nahverkehr Westfalen – Lippe NWL

18. Sitzung der Verbandsversammlung des NWL am 20.10.2011 in Unna

Öffentliche Sitzung

TOP: 5

Vorlage: 126/11

Sachstand Sozialticket NRW

Grundlagen:

ÖPNV-Gesetz NRW und Runderlass Sozialticket NRW

Berichterstatter:

Herr Volmer

Begründung:

- siehe Fortsetzungsblatt –

Kosten:

Keine

Beschlussfassung NWL:

Vorherige Zustimmung der Mitgliedsverbände erforderlich:	Ja:		Nein:	X	
Einfache Mehrheit:	X	2/3 Mehrheit:		Einstimmig:	

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung nimmt den Bericht über die Richtlinie zur Einführung eines Sozialtickets in Kommunen des Landes NRW zur Kenntnis.

A handwritten signature in black ink, reading 'Hermann Paßlick'.A handwritten signature in black ink, reading 'Paul Breuer'.

Sachstand Sozialticket NRW**Öffentliche Sitzung****Begründung:****1. Ausgangssituation**

Die Landesregierung hat am 08.08.2011 im Rahmen eines Runderlasses des MWEBWV die Richtlinie zum Sozialticket veröffentlicht. Die konkrete Einführung eines Sozialtickets liegt in der Zuständigkeit der regionalen Entscheidungsgremien für die Verbundtarife, wenn ein eigenständiges Tarifprodukt geschaffen wird bzw. ein Bestandsprodukt für diesen Zweck vergünstigt werden soll. Dabei sind die kommunalen Aufgabenträger bzw. die Kreise und kreisfreien Städte die Erstempfänger der Zuwendungen. Die Einführung des Sozialticket ist somit - unabhängig von der Förderung - allein eine freiwillige Entscheidung vor Ort (keine Konnexität). Die Förderung des Landes soll hierbei einen finanziellen Anreiz bzw. eine Hilfe bieten, ist jedoch nicht als Ausgleich gedacht (d. h. insoweit besteht auch kein Ausgleichsanspruch).

(Zum Thema „Sozialticket“ siehe auch 15. Sitzung, TOP 14 vom 13.01.2011, Vorlage 89/11)

2. Förderanteile

Im Jahr 2011 werden vom Land NRW zunächst 15 Mio. € zur Verfügung gestellt, für 2012 sind landesweit 30 Mio. € in den Landeshaushalt eingestellt. Aufgrund der Landesförderung ergibt sich bei 2 Mio. Berechtigten in NRW rechnerisch ein Fördersatz von 15 €/Jahr pro Berechtigten. Es wurde dabei unterstellt, dass ca. 25 % aller Anspruchsberechtigten von einem solchen Angebot Gebrauch machen würden. Daraus ergibt sich dann, dass pro Empfänger rund 60 €/Jahr zur Verfügung gestellt werden können.

Die zur Verfügung stehenden Mittel werden nach einem einfachen, transparenten Schlüssel im Voraus „virtuell aufgeteilt“, um die Mindesthöhe des Landeszuschusses je Kreis/kreisfreie Stadt zu ermitteln, die sich ergeben würde, wenn alle Kommunen ein Sozialticket einführen würden (Basis 30 Mio. € ab 2012, siehe **Anlage**). Als Verteilschlüssel werden die beim statistischen Landesamt (IT.NRW) vorliegenden Zahlen des Vorjahres über die Anzahl der Anspruchsberechtigten nach SGB II (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) und SGB XII (Sozialhilfe) genutzt. Die vom Land bereitgestellten Gesamtsummen werden dann nach Anmeldung der Förderung auf die Gebiete aufgeteilt, die tatsächlich ein Sozialticket einführen, so dass die Fördersumme pro Kreis höher ausfallen kann.

Dieser für den Verteilschlüssel genutzte Berechtigtenkreis muss aber bei der Einführung eines Sozialtickets mindestens erweitert werden um Bezieher von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und um Bezieher von Leistungen der Kriegsopferfürsorge. Die Verantwortlichen vor Ort können den Kreis der Berechtigten darüber hinaus erweitern (z. B. Wohngeldempfänger oder Geringverdienende, Empfänger von Kinder- und Jugendhilfe), aber ohne dass der Verteilschlüssel dadurch geändert würde.

Sachstand Sozialticket NRW**Öffentliche Sitzung**

Das daraus resultierende Defizit würde dann zu Lasten der Verkehrsunternehmen gehen oder müsste vom lokalen Aufgabenträger in die Gesamtkalkulation einbezogen werden. Die kommunalen Aufgabenträger müssen selbst unter Berücksichtigung realistischer Abnahmekquoten, möglicher Synergieeffekte und Kostenstrukturen den jeweils vertretbaren Abnahmepreis finden.

Die Aufgabenträger müssen die Mittel EU-konform, d. h. ohne Überkompensation z. B. mit Hilfe einer allgemeinen Vorschrift nach der EU-Verordnung 1370/2007 an die VU weitergeben. Darüber hinaus können sie den Zuschussanteil mit eigenen Mitteln erhöhen und so das Angebot weiter attraktivieren. Insgesamt wird nicht mehr gefördert, als der kommunale Aufgabenträger bzw. die Verkehrsunternehmen vor Ort für die Rabattierung des Angebotes ausgegeben haben.

3. Fristen

Bereits eingeführte Sozialtickets werden rückwirkend zum 01.01.2011 gefördert, wenn die entsprechenden Anträge bis zum 01.10.2011 gestellt werden. Für die Förderung in 2012 muss der Antrag bis zum 15.12.2011 und für die Folgejahre jeweils bis zum 15.09. gestellt werden.

4. Ausgestaltung der Tickets

Die rabattierten Tickets sollen mindestens je kreisfreie Stadt oder je Kreis eine Fahrtberechtigung haben, zulässig ist aber auch eine räumliche Erweiterung darüber hinaus oder eine preisstufenorientierte Lösung. Es kann sich dabei um Monatstickets, aber auch um Tickets des Bartarifes handeln. Die preisstufenorientierte Lösung eröffnet die Möglichkeit, für jede Preisstufe im Verbundtarif auch ein Sozialticket anzubieten und damit die Anspruchsberechtigten selbst die räumliche Geltung wählen zu lassen bzw. ein Angebot zu schaffen, welches jeweils zur Fahrt in die Kreisstadt gültig ist.

5. Zuständige Behörde

Empfänger der Landesförderung sind die Kreise und kreisfreien Städte. Sie können die Verfahrensabwicklung bei Verkehrsverbünden, Verkehrsunternehmen, Verkehrsgemeinschaften oder ähnlichen Organisationen bündeln. Das Ziel der Landesregierung war, zunächst bereits existierende oder beabsichtigte Varianten eines Sozialtickets zu fördern und außerdem ein Verfahren ohne großen Verwaltungsaufwand und ohne kostentreibende Vorgaben zu installieren. Deshalb werden auch, anders als bei der Förderung nach §11a ÖPNVG NRW (Ausbildungspauschale) keine Verwaltungskosten erstattet.

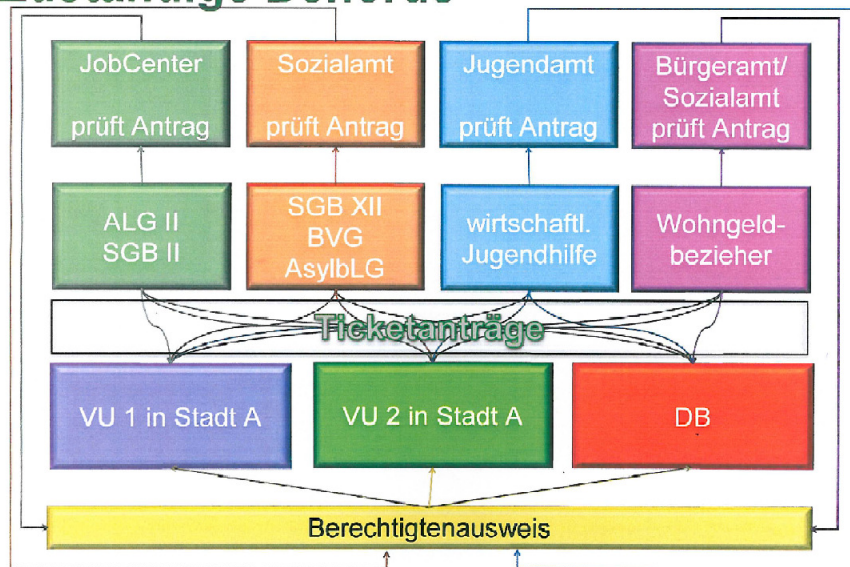
Erfahrungen der jeweiligen Städte, die bereits Sozialtickets eingeführt haben, belegen, dass neben der Kostenbeteiligung der Kommunen für die Tickets auch eine Kostenbelastung bezüglich des erforderlichen zusätzlichen Personals berücksichtigt werden sollte.

Sachstand Sozialticket NRW

Öffentliche Sitzung

Die Koordinierung der verschiedenen zuständigen Fachbehörden incl. der jeweiligen Prüfung der Antragsberechtigungen allein ist bereits mit beträchtlichem Aufwand verbunden. Dazu sind alle Verwaltungsaufwendungen analog der §11a-Regelung, angefangen von der nach EU-Recht (EU-VO 1370/2007) erforderlichen rechtssicheren Ausreichung der Mittel, über Prüfung und Anwendung der Regeln nach LHO §44 bis hin zur Überkompensationskontrolle, erforderlich. Dieser finanzielle bzw. personelle Aufwand verbleibt den kommunalen Haushalten.

Zuständige Behörde



6. Ergebnis

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass im Rahmen der regionalen Entscheidung die oben dargestellten Aspekte berücksichtigt werden sollten.

Da sich die Höhe des Zuschusses auch aufgrund einer Veränderung des Gesamttempfängerkreises jährlich ändern kann und die Inanspruchnahme durch die Berechtigten nicht sicher prognostiziert werden kann, verbleiben für die Verkehrsunternehmen und die kommunalen Aufgabenträger Unsicherheiten. Hierzu zählt auch die Frage, wie mit einem einmal eingeführten Sozialticket umgegangen wird, wenn sich die Förderung grundlegend verändern sollte bzw. wenn diese entfällt.